

Wöchentlich 70 Blätter, monatlich 2 Reichsmark, im Voraus gebildet. Unter Streifen in In- und Ausland 2.50 Reichsmark pro Monat

Der "Vorwärts" mit der Illustration Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Witz", "Aus der Bücherei", "Stadtbilder", "Frauenstimme", "Der Kleinfremde", "Jugend-Vorwärts", "Bild in die Bäckerei", "Kulturarbeit" und "Lebend" erscheint wochentäglich (ausnahmslos Sonntags und Montags einmal)

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konpression des 30 Pfennig "Kleinzeitungs" Reichsmark "Kleinzeitungs" das feigebrachte Wort 15 Pfennig Qualität zwei verteilte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Die Beilage hat ein Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig Familienangelegenheiten 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Adressenverzeichnis 2 wochentäglich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Betreiber: Dönhofs 22-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vorverkaufsstellen: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten W. 117. 68. Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Die kostspielige Kirche in Preußen.

Sie verschlingt mehr, als die Pflege der Volksgesundheit kostet.

Aus der preussischen Landtagsfraktion wird uns geschrieben:
Binnen kurzem dürfte der Haushaltsplan des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung behandelt werden, bei dem eines der interessantesten Kapitel die Aufwendungen für die „geistliche Verwaltung“ sind. Diese Ausgaben für Religionsgesellschaften, Pfarrerbefoldungen usw. werden auch zu einer gründlichen Kritik Veranlassung geben. Enorme Summen müssen gezahlt werden, weil die Trennung von Kirche und Staat noch immer nicht zur Wirklichkeit geworden, weil die im Landtag oftmals geforderte anderweitige Regelung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhende Verpflichtung des Staates gegenüber den Religionsgesellschaften bisher einfach nicht erfolgen konnte. Noch immer fehlen die für die endgültigen landesgesetzlichen Auseinandersetzungen mit der Kirche richtunggebenden Grundzüge. So bestehen nur vorläufige Regelungen, in Preußen das Gesetz vom 15. Oktober 1924, das von einer bürgerlichen Mehrheit gegen die Sozialdemokratie angenommen wurde. So trägt der Staatsbürger — Kirchengläubige und Dissidenten — an diesen Lasten, und beide zahlen gut, nur mit dem Unterschied, daß der eine für die Liebhäblichen des anderen die Kosten mit übernimmt.
Da ist zunächst die

evangelische Kirche der altpreussischen Union,

die für Befoldungszwecke, Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung ihrer Verwaltungsbeamten 2.585 Millionen — im Vorjahre 2.223 Millionen — Staatsgelder einfließt; da treten an die evangelisch-lutherischen Landeskirchen Hannovers und Schleswig-Holsteins mit 459 717 M. resp. 195 136 M., die evangelisch-reformierte Landeskirche der Provinz Hannover mit 70 252 M. und die evangelischen Landeskirchen in Hessen-Kassel, in Nassau und in Frankfurt a. M. mit rund 1 Million Mark. Und da kommt der ominöse Titel: „Bedürfniszuschüsse für Pfarrbefoldung und zur Versorgung der Ruhestandspfarren und Pfarrhinterbliebenen“ mit

42.072 Millionen Reichsmark,

ein Betrag, der sich noch wesentlich erhöhen dürfte.

Diese Erhöhungen sind unausbleibbar, da nach dem Pfarrerbefoldungsgesetz bei Aufbesserung der Beamtengehälter auch die Zuwendungen für die Pfarren — die nach der alten Befoldungsordnung in Gruppe 11 waren und nach der neuen Befoldungsordnung die Bezüge der Gruppe 2b (Oberregierungsräte, Landgerichtsräte, Oberstudienräte) erhalten — eine entsprechende Veränderung erfahren müssen. Die genauen Beträge stehen noch nicht fest, da im Ministerium erst die notwendigen Berechnungen für die Vorlage ausgearbeitet werden. Weitere 1.354 Millionen sind für die Befoldungszwecke und als Zuschüsse für Predigerseminare und an arme Kirchengemeinden usw. eingesetzt worden; 3.906 Millionen werden für den Neubau und Unterhaltung der Kirchen, Pfarr-, Küsterei- und Schulgebäude bereitgestellt, nicht mitgerechnet ein anderer Ausgabenposten in Höhe von 71 000 M., der für die jährliche Unterhaltung des Berliner Doms auf Grund eines bei den vorjährigen Etatsberatungen angenommenen Antrages angelegt ist. Auch über den Nachwuchs der Pastoren macht sich der Staat Gedanken, stellt er doch 100 000 M. für den ausüblichen Zweck in den Etat ein, daß diese Mittel als Beihilfen zur Ausbildung der Kandidaten der evangelischen Theologie verwendet werden sollen.

Somit die Ausgaben für die evangelische Kirche, denen die

Ausgaben für den katholischen Kultus

müßig zur Seite stehen. Auch hier finden wir für Befoldungszwecke und zur Versorgung von Ruhestandspfarren die hohe Summe von 16.752 Millionen. Dazu treten für Befoldung und Zuschüsse 1.257 Millionen und weitere 451 086 M. als Zuschüsse zur Erhöhung der Gehälter der Bischöfe von Hildesheim, Osnabrück, Fulda sowie für andere forspärgliche Zwecke. Daß der Staat für die Instandsetzung zweier anerkannter Kunstwerke für die Hedwigskirche in Berlin und den Kölner Dom je 100 000 M. ausgibt, wird niemand verwundern. Paradox aber mutet es an, daß letzten Endes auch Steuergebe für die Bistümer Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Münster, Paderborn, Fulda, Limburg, Köln, Trier und Jerner für die Apostolische Administration Schneidemühl und als preussischer Anteil an der Erzdiözese Prag (!) und Dimäh insgesamt 1 Million Mark als Staatszuschüsse leistet.

Nieht man die einzelnen Etatsposten zusammen, so erscheint als Resultat die Tatsache, daß die gesamten Staatsaufwendungen für die evangelische Kirche 42.156 Millionen, für die katholische Kirche 19.676 Millionen betragen. Hinzugezählt werden müssen die verhältnismäßig niedrigen Zuschüsse für die in Deutschland wenig verbreitete Alt-katholische Kirche mit 171 000 M. und die Zuschüsse für die Synagogen mit 200 000 M., die Unterstüßungen für aktive und im Ruhestand lebende Geistliche aller Bekenntnisse in Höhe von rund 1/2 Million sowie die Ausgaben für sonstige Zwecke der kirchlichen Verwaltung mit rund 44 Millionen Mark.

(Nicht eingeseht sind hierbei die noch nicht endgültig feststehenden Beträge für die Reuregelung der Pfarrerbefoldung.)

Insgesamt sind für alle diese Ausgaben 71,6 Millionen Mark voranschlägt.

Diese Zahlen bewegen sich in der Tat in phantastischer Höhe, so daß man fast von Schwindel befallen wird, wenn man die Ausgaben für allgemeine Volkswohlfahrtszwecke (für Volksgesundheit, allgemeine Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt), die insgesamt nur zirka 52 Millionen betragen, daneben betrachtet. Der Finanzminister hat in seiner Rede vor dem Staatsrat im Dezember davon gesprochen,

daß das Defizit von rund 74 Millionen Mark im preussischen Haushalt nur dadurch zu decken ist, daß mit starker Hand alle Ausgaben beschnitten werden. Er hat dies schon praktisch durchgeführt, indem er 1 Million Mark für Kindererziehungen, die im vorigen Jahre auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages in den Etat als einmalige Ausgaben eingesetzt waren und auf deren Wiedererscheinen man in diesem Jahre bestimmt rechnete, nicht mehr einstellte. Sparsamkeit war hier am falschen Platze, denn dieser amtliche „Geiz“, auf den Sie bisweilen mit Recht stolz sind, trifft die Vermissten der Armen! Gelpart soll und muß werden! Gelpart kann werden an den Millionenausgaben für die Kirche!

Der freigebige Reichsfinanzminister

Wieder 30 Millionen für die Agrarier.

Jeder Tag bringt eine neue Ueberraschung. Am Mittwoch hat Herr Dr. Röhler im Bildungsausschuß des Reichstags die Erklärung abgegeben, die Regierung sei bereit, aus Reichsmitteln den Ländern einen einmaligen Zuschuß von 30 Millionen zur Durchführung des Reichsschulgesetzes zu gewähren. Im Hauptauschuß des Reichstags erhob sich heute der Reichsernährungsminister Schiele, um zur allgemeinen Ueberraschung die Mitteilung zu machen, daß er im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister erklären könne, zur Regelung der Verhältnisse auf dem Fleischmarkt solle eine neue Gesellschaft gegründet werden, die mit 30 Millionen Mark aus Reichsmitteln auszustatten sei. Diefelbe Regierung also, die noch vor wenigen Tagen die Finanzlage des Reichs in den schwärzesten Farben malte und sich daher gegen jede auch die kleinste soziale Mehrausgabe wendete, hat nun mit einemmal Geld in Hülle und Fülle.

Ueberschlägt man einmal, was die Regierung in den letzten Tagen an Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen zugestanden hat, so kommt man zu folgender Neubelastung: 30 Millionen zur Durchführung des Reichsschulgesetzes, 30 Millionen für die Errichtung der Gesellschaft zur Fleischversorgung, etwa 15 bis 20 Millionen für die Erleichterung der Einkommen- und Umsatzsteuer der Landwirtschaft, 25 bis 30 Millionen für die Erleichterung der Vermögenssteuer der Landwirtschaft. Zu diesem Betrag von 100 bis 130 Millionen Mark treten noch die Summen, die aus weiteren Zugeständnissen der Regierung an die Liquidationsgeschädigten und die Kleinrentner erforderlich ist. Und das alles geht im stillen Kämmerlein vor sich, machen die Regierungsparteien unter sich aus. Sie stellen den Reichstag vor vollendete Tatsachen und fragen den Teufel danach, wie diese Summen gedeckt werden sollen. Und das Ganze nennt man verantwortungsvolle Finanzpolitik des Rechtsblocks!

Am Haushaltsauschuß fand die Ankündigung der Regierung schärfste Kritik gegen sie wie gegen eine deutschnationale Entschickung, die die Unterbindung der Fleischzufuhr anstrebt.

Neujahrsputsch in Nanjing.

Duende von Toten.

Peking, 26. Januar. (TU.)

Wie aus Nanjing gemeldet wird, haben die Kommunisten am chinesischen Neujahrstage einen Putsch unternommen. Bewaffnete Kommunistentruppen drangen in den Kommandostab ein und versuchten, die Mili zu entwaffnen. Die herbeigerufenen Abteilungen der Polizei konnten die Ordnung wiederherstellen. Bei den Kommunisten gab es 67 Tote, bei der Polizei 11 Tote.

Wieder Kirchenumtriebe in Mexiko.

Mexiko, 26. Januar.

Die Polizei hat eine katholische Schule geschlossen und im Zusammenhang damit etwa zwanzig Lehrerinnen verhaftet, die der Verteilung der Propagandaschriften gegen die Regierung beschuldigt werden, einige von ihnen stammen aus angesehenen Familien des Landes.

wandten sich die Genossin Warm und Genosse Dr. Herk. Die Regierungsparteien und die Bürgerblockregierung, die fortwährend gegen das uneingeschränkte Budgetrecht des Reichstags anrennen, treten die Grundzüge solcher Finanzwirtschaft tagtäglich mit Füßen. Durch die vorgeschlagene Entschickung werde die Zoll- und Handelspolitik stark beeinflusst und das sei wohl ihr Hauptzweck. Das Ministerium tue alles für die Produzenten — für die Ernährung, d. h. für die Konsumenten, wenig oder gar nichts. Das Ministerium müßte auch in ganz anderer Weise als bisher auf die Ernährungsweise des Volkes Einfluß zu gewinnen suchen, aber hier versage es ganz.

Regierungsfreit gegen Kleinrentner.

Der neueste Krakeel im Regierungslager.

In der heutigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags konnte man wieder einen Blick hinter die Kulissen des Bürgerblocks tun. Die Zentrumsabgeordnete Frau Leusch nahm mit einer Schärfe, die ihr Auftreten gegen die Rechte im Plenum vor Weihnachten noch weit übertraf, Stellung gegen ihre volksparteiliche Koalitionstollegen Frau Dr. Kay. Diese Dame hat in einem Provinzialblatt einen Aufsatz über die Kleinrentnerversorgung geschrieben, worin sie erklärt, die rentnerfreundlichen Parteien, das sind nach ihrer Darstellung die deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, hätten sich in der Regierungskoalition nicht durchsetzen können. Frau Kay spricht ferner mit Seitenhieben auf das Zentrum von der karglichen Weihnachtsbeihilfe für die Kleinrentner und stellt immer wieder gegen das Zentrum, das an der unzulänglichen Rentnerversorgung schuld sei. Frau Leusch erklärte dazu, sie sei über eine solche Behandlung der Kleinrentnerfrage aufs tiefste empört. Alle Entscheidungen der Regierung in der Kleinrentnerfrage seien Kabinettsentscheidungen und nicht Beschlüsse einzelner Ministerien gewesen. Frau Leusch kündigte die schärfste Stellungnahme gegen diese Kompromisse im Plenum an. Das sei sie ihrer Fraktion und ihrer Partei schuldig. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man von Frau Leusch auch, daß kürzlich bei einer interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien der Abgeordnete Leicht und die Zentrumsvertreter namens der Gesamtregierung die Rechtsparteien „sämlich angefleht“ hätten, die Rentnerfrage bis ans Ende der Etatsberatung zurückzustellen. Dem sei aber nicht entsprochen worden.

In der Beratung des Rentnerversorgungsgesetzes selbst kam der Ausschuß keinen Schritt weiter, weil die Regierung in ihrem Streit gegen die Rechtsparteien verharrete. Die Regierung beteiligte sich auch an diesem dritten Sitzungstag nicht an der Beratung, sondern ließ sich noch mehrfachen dringenden Aufforderungen des Vorsitzenden Eller und zahlreicher Ausschußmitglieder nur dazu herbei, einige Zahlen über die in Fürsorge stehenden Personen und über die Borzugrentner mitzuteilen. Nach diesen Zahlen würden die Kosten eines Versorgungsgesetzes beträchtlich größer sein als bisher angenommen wurde. Dabei haften aber dem Entwurf der Demokraten und den volksparteilichen Anträgen, wie von unseren Redner nachgewiesen wurde, so schwere Mängel an, daß diese Regelung ganz unmöglich ist. Der ganze Antrag der Sitzung bestand in dem Wunsch, daß das Zahlenmaterial wenigstens schriftlich vorgelegt werde. Wenn das geschehen ist, soll das Material von den Fraktionen geprüft werden, darauf vom Ausschuß, dann sollen eventuell Sachverständige gehört werden. Darauf geht die Sache wieder an die Fraktionen und den Ausschuß usw., usw. Arme Kleinrentner!

Die Landbundhefte.

Rundgebung des Brandenburgischen Landbundes.

Die Vertretertagung des Brandenburgischen Landbundes, die gestern stattfand, nahm eine der von der Landbundleitung vorbereiteten Entschlüsse an, die die bekannten Forderungen der Großlandwirtschaft enthält. Bemerkenswert ist der Schlusssatz der Rundgebung:

„Von unserer Spitzenorganisation, dem Reichslandbund, aber verlangen wir, daß er den Regierungsstellen gegenüber andere Worte findet als bisher. Die zaghafte Sprache des Reichslandbundes ist nicht die Sprache des Bauern.“

Diese Aufmunterung ist eine schlecht verhüllte Drohung; diese Drohungen, die sich neuerdings häufen, wirken um so eigenartiger, als der Landbund bemüht ist, die Spuren seiner eigenen Taten zu verwischen. Durch die Herren von Reudell und Schiele ist der Landbund in der Reichsregierung offiziell vertreten. Die Organisation der Großlandwirtschaft zeichnet also voll mit verantwortlich für die verfehlte Agrarpolitik, die von der Reichsregierung getrieben wurde. Wenn der Landbund jetzt eine schärfere Sprache verlangt, so muß sie sich in erster Linie gegen die deutschnationalen Minister richten. Vielleicht hat er recht, wenn er sagt, die Sprache des Reichslandbundes sei nicht die Sprache der Bauern. Das aber trifft deshalb zu, weil sich die Sprache der Bauern in immer deutlicherer Weise gegen die Führer der Großlandwirtschaft und gegen den Landbund selbst richtet. Das wird durch noch so bombastische Entschlüsse sich nicht ändern lassen.

Nach dem Zentrum rückt ab.

Nachdem gestern bereits die völkische „Tägliche Rundschau“ eine Warnung an den Landbund wegen seiner überspannten Forderungen gerichtet hat, schlägt jetzt das Zentrum in die gleiche Kerbe. Von der deutschnationalen Pressestelle war nämlich die Meldung verbreitet worden, der Reichsfinanzminister habe sich dem Standpunkt des Landbundesministers Schiele voll angeschlossen. Man hatte diese Äußerung nur so verstehen können, daß jetzt das Zentrum auch die Zollpolitik der Deutschnationalen mitmachen will.

Demgegenüber bezeichnet heute die „Germania“ die Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle über die angebliche Zustimmung des Reichsministers zum Landbundes als „aus der Luft gegriffen“, womit sich auch die Schlussfolgerungen erledigen.

Im der Rechtskoalition scheint also auch hier einiges nicht zu stimmen.

Agrarieraufmarsch in Oldenburg.

Im Zeichen der völkischen Agitation!

Oldenburg, 26. Januar (Eigenbericht).

Das Oldenburger Landvolk und die Oldenburger Handwerker sind heute zu einer großen Kundgebung auf dem Oldenburger Pferdemarkt aufgerufen. Landbund und Handwerkerorganisationen haben einen Massenbesuch vorbereitet. Bis 11 Uhr vormittags liefen auf dem Oldenburger Hauptbahnhof aus allen Landstellen zehn Extrazüge mit etwa 12.000 Personen an. Wie reguläre Züge sind überfüllt, zu Fuß, per Wagen und Auto strömen weitere Tausende in die Stadt. Ein großes Polizeiaufgebot regelt den Verkehr am Hauptbahnhof, wo Duzende von Zeitungsvertretern mit Extrablättern über die Ankommenenden herfallen. Bezeichnenderweise stammen die meisten Flugblätter von Adolf Hitlers Nationalsozialisten. Sie kündigen am Bahnhof den Bauern für Nachmittag zwei Hakenkreuzlerversammlungen an, in denen die völkischen Reichstagsabgeordneten Rube und Federer sprechen werden. Die reaktionäre Aufmachung der Kundgebung ist unverkennbar. Man hat den Eindruck, daß die meisten

der beteiligten Kleinbauern kaum wissen, wofür man sie gebrauchen will. Sie sind genau wie die Handwerker vor den Bogen des schwarz-weiß-roten Landbundes gespannt.

Die linksbürgerliche Oldenburger „Landeszeitung“ wendet sich heute scharf gegen die Verheerung der Bauern durch die Rechtsparteien. Sie schreibt, daß wirkliche Ziel des Landbundesministers in Oldenburg sei, die Besoldungsordnung für die republikanischen Beamten zu verhindern. Steuererhöhungen sind anzuhaken, und unter der Parole „Los von den Parteien“ der Wirtschaftspartei in Oldenburg Boden zu verschaffen, die nur Eigenmut und Wirtschaftsgelohnnis fördert.

An verschiedenen Stellen der Stadt sammelten sich große Demonstrationsszüge. In den Zügen wurden u. a. folgende Demonstrationsschilder getragen, die die politische Lage des ganzen Rummeles enthüllen: „Fort mit den hohen Beamtengehältern“, „Nieder mit der Kriegsschuldfrage und dem Dawesplan“, „Wir brauchen keine Finanzämter“, „Weg mit den jüdischen Warenhäusern“. Zur Feier des Tages läutet die evangelische Lutherkirche 11 Sturde. Eine Kommission soll später dem Oldenburger Staatsministerium die Forderungen der Demonstranten übergeben.

Eine deutschnationale Verleumdung.

Und ein Rückzug.

Vor dem Amtsgericht Schöneberg fand heute morgen der Verleumdungsprozeß des ehemaligen Presseshefs des Reichsanstalters Marx und Mitgliedes des Zentrums, Ministerialdirektor Dr. Spiecker, gegen das Mitglied der Deutschnationalen Partei, den Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, Dr. Pechel, statt. Dieser hatte in einer Korrespondenz u. a. geschrieben:

„Kaum war er (Dr. Marx) wieder Reichsanstaltler, so witterte sein früherer Presseshef Dr. Spiecker Morgenluft und präsentierte sich in seiner ungetrübten Frontbereitschaft für die Nachfolge des Herrn Kempner als Staatssekretär der Reichsanstalt. Wir haben jedoch als höchstfreudliches Zeichen eines neuen Geistes im Zentrum, daß es dem Bemühen der ernsthaften Politiker in der Partei gelang, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um die Würdigkeit des Anwärter für einen hohen Beamtenposten nachzuprüfen. Die Würdigkeit wurde verneint wegen — man sagen wir — Uebervorteilung der Witwe Erzberger beim Ankauf von Aktien der „Germania“ durch Herrn Spiecker.“

Der Amtsgerichtsrat regte einen Vergleich an. Dr. Spiecker erklärte jedoch, daß er auf einen Vergleich nicht eingehen könne, solange immer wieder in den Kreisen, die dem Herrn Pechel nahe stehen, gegen ihn Verdächtigungen der gemeinsten Art in Verbindung mit seiner früheren Tätigkeit als Vertreter des Reichsstaatsministers und als Leiter des Spionage- und Nachrichtenendienstes in Oberschlesien verbreitet werden. Sobald er im politischen Leben aktiv hervortritt, bringen die Dreckschlingen ihr Dreckmaterial vor, das aus unzuverlässigen Quellen, ja sogar von Prostituierten stammen soll. Jedemal aber, wenn er erklärt, daß sie ihre Vorwürfe in einer Weise vorbrachten, daß er sie strafrechtlich belangen könnte, schweigen sie. Als der Vertreter des Beklagten jede gewünschte Erklärung zusagte, bestand Dr. Spiecker auf einer Beweisaufnahme. Als erster Zeuge wurde Staatspräsident Dr. Schöcker vernommen, der seinerzeit gemeinsam mit Dr. Goltz aus dem Reichsanstaltler Marx beauftragt wurde, nachzuprüfen, was an der Behauptung der „Weißen Blätter“ in bezug auf die angebliche Uebervorteilung der Witwe Erzberger beim Kauf der „Germania“-Aktien richtig sei. Die Verdächtigungen wurden bei dieser Nachprüfung widerlegt. Auch Frau Erzberger habe erklärt, daß sie sich in keiner Weise benachteiligt fühle. Frau Erzberger bestätigte dieses bei ihrer Vernehmung als Zeugin.

Darauf schloffen die Parteien einen Vergleich, bei dem der Angeklagte erklärte, daß die seinen Vormütern zugrunde liegenden Informationen unrichtig waren, und daß er alle gegen die Ehre des Privatklägers vor und im Verlauf des Verfahrens gerichteten Vorwürfe zurücknimmt. Der Beklagte verpflichtet sich, das gesamte in seinen Händen befindliche, den Privatkläger

wegen seiner Tätigkeit in Oberschlesien angehöblich beschlagnahmte Material mit Namensnennung der Urheber und Zeugen dem Privatkläger auszuliefern, um diesem zu ermöglichen, den Quellen der Verdächtigungen nachzugehen.

Hergt, der Vorsichtige.

Und das schwarzweißrote Rednerpuhl.

Der „Dörlitzer Volkszeitung“ wird aus Hengerswerda geschrieben:

Als am Sonntag mittag um 1 Uhr das dreifache Hoch auf die Sozialdemokratie durch den oberen Saal des Schützenhauses brauste, mit welchem die Unterbezirkskonferenz der SPD. schloß, wurde dadurch eine deutschnationale Gesellschaft aus ihrer beschaulichen Kiste aufgeschreckt. Sie hatte sich im großen Saale eingefunden, um einen Vortrag Hergts entgegenzunehmen. In die 300 Personen waren erschienen. . . . Bei dieser Veranstaltung — und erst recht nicht, wenn ein deutschnationaler Minister der Republik spricht — durfte auch eine schwarzweißrote Dekoration im Saale nicht fehlen. Das Rednerpuhl für den Minister prangte schönstens in den Farben der verstorbenen Monarchie. Herr Hergt aber mied vorsichtigerweise diese schwarzweißrote Kanzel wie einen Brandherd und sprach von dem Tisch der Versammlungsleitung aus. Seine Ausführungen waren so etwas wie ein deutschnationales Programm, soweit bei der Deutschnationalen von einem Programm die Rede sein kann. Einen Teil seiner Versammlungsbesucher hatte er aber offenbar dadurch stark verärgert, daß er sich dem schwarzweißroten Dekorationsschild fernhielt. Das konnte so recht deutlich aus Gesprächen von Versammlungsteilnehmern herausgehört werden. Lebhaft gestikulierend meinte einer zu einem anderen: „Wegen des Ministerpuhls gibt unsere Exzellenz Hergt noch das Beste auf, was uns Deutschnationalen hoch und teuer ist; er traute sich nicht einmal an das so schön hergerichtete Rednerpuhl.“

Große gegen Kleine Entente.

Rom und London drücken, Paris allerdings macht nicht mit.

London, 26. Januar.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, es bestätige sich, daß die Mehrheit der Großmächte, einschließlich Großbritannien und Italien, dringend wünsche, die Mächte der Kleinen Entente sollten in der Frage des Zwischenfalls von Egent Gotthard zurückhaltung üben und nicht versuchen, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. Andererseits habe Frankreich sich außerstande erklärt, einen diskreten Druck in den Hauptstädten der Kleinen Entente, besonders in Prag und Belgrad, auszuüben. Daher sei es noch nicht klar, ob die Kleine Entente ihren Schritt in Genf fortsetzen oder ihrem Voratz eine weniger energische Wendung geben werde.

Benešs vorläufiger Rückzug gebilligt.

Prag, 26. Januar.

Das Abgeordnetenhaus hat die Regierungserklärung über die Egt. Gotthardoffäre mit 165 gegen 44 Stimmen angenommen. Dafür stimmten alle Parteien, auch die tschechischen Sozialdemokraten, außer den Kommunisten, deutschen Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Die deutschen Sozialdemokraten verließen vor der Abstimmung den Saal. Während der Abstimmung lärmten die Kommunisten, während die Koalitionsparteien Beifall klatschten.

Sühne für ein völkisches Dubeck. Vor dem Jugendgericht in Geroldshofen (Franken) wurden ein Freizeugehilfe und ein Freizeugehring wegen Grabräubung auf dem israelitischen Friedhof zu zwei Monaten bzw. vier Wochen Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte sind Mitglieder der sogenannten völkischen Freizeitspartei.

Konzert-Rundschau.

Von Klaus Pringsheim.

Es gibt „Liederabend“, deren Zweck besteht darin, daß ein beliebter, meist von der Bühne her beliebter Sänger Gelegenheit findet, sich — und das heißt oft nur, seine liebste Stimme — ein bis zwei Stunden lang hören zu lassen. An sich kein verwerfliches, wenn auch gewiß nicht der höchste Zweck, dem ein Konzert als künstlerische Veranstaltung dienen kann. Bei dem, laut Programm, „melodramatischen“ Rezitator Roland Hayes bedingt den besonderen Reiz, den er auf das Publikum übt, nicht nur der Charmen der milden Tenorstimme, die es zu hören bekommt, sondern, in ungewöhnlicher Verbindung mit solcher Stimme, die Hauptfarbe ihres Inhabers. Nicht eigentlich seine „Rasse“; denn die scheint gefällig, poliert, internationalisiert. Ein europäisch geachteter Konzertsänger von Kultur und Gehmaß. Erfreulich aber diese Anpassung an den Stil, diese Einfühlung in die Welt des Schubert-Liedes. Man spürt die fast scheue Ehrfurcht, mit der der schwarze Mann aus Chattanooga — und wie er, sein Beifahrer: Percy Parham — dem gepriesenen Wunder der deutschen Musik naht. Etwas Rührendes ist in seinem Wesen, in seinem Auftreten, etwas, das dem deutschen Konzertpublikum ungewohnt ist. Dieser Künstler verdient nicht, verdient auch um solcher Fremdartigkeit willen nicht, mit großem Sensationsinteresse begost und behandelt zu werden. Die Seele des Volks, aus dem er zu uns kommt, klagt rein und überzeugend in den Liedern wieder, die er, und wie er sie singt, den Hymnen der weißen Rasse sanft beschämend. Respektvoll sitzen sie auf ihren Plätzen, die Eingeborenen des Restes Westens, weil ein farbiger ihnen ihre deutsche Musik vorzuspielen mag; man sollte ihn einmal fragen, was er von dem Geiste unserer Musikgewerbetreibenden hält, von jener beliebten „Transition unerschrockenen Niggerblutes“, an der die deutsche Musik genesen soll. Das Schwebelied dieses Regers, in seiner menschlichen Echtheit, ist eine sehr viel schönere, sympathischere, anregungsbereitere Sache.

Vom deutschen Lied aber ist zu sagen, daß in unseren Konzerten auf seinem Gebiet wie auf diesem Wertvolles durch minderwertige Wiedergabe emstelt und geschädigt wird; es sind die besten Lieder, nach denen die mittelmäßigsten Sängerinnen greifen. Nur Musermäße vermögen diese unendlich oft gesungenen, mißbrauchten, nichtredigierten Schubert-, Brahms-, Wolf-Lieder wieder zu Ehren zu bringen. Um so dankenswerter also, wenn hier Berufene des Konzertgeschäftes ihre Kunst ganz in den Dienst — nun eben — der Kunst stellen, und nicht nur ihrer Persönlichkeitswirkung — die freilich nicht ausbleiben darf — soll das Lied zu seinem Recht kommen; denn keine Art der musikalischen Produktion bedarf je in hohem Grade der Ergänzung durch die Ausdrucksmittel und die Ausdrucksfähigkeit des Interpreten. Wahrscheinlich dankenswert das Unternehmen, das Pötte Leonard nun zum glücklichen Ende geführt hat: „Das deutsche Lied“, ein historischer Zyklus in fünf Abenden. Das Lied, als deutsche Spezialität, die es ist, von seinen Anfängen, vom sechzehnten Jahrhundert bis in diese unsere kühnere Gegenwart. Pötte Leonard kommt meistens vom Oratorium

her, hier gibt sie in den großen Sopranpartien Außerordentliches. Der individuell gestaltete Vortrag, wie ihn das Klavierlied verlangt, schien anfangs nicht in gleichem Maß ihre Sache. Aber mit der geschichtlichen Entwicklung des Liedes ging die Entwicklung dieser Wiederfängerin Hand in Hand. Wie sie am letzten Abend, von Michael Rauchsien geleitet und geführt, das „Neue Lied“ in sorgsam ausgewählten Beispielen zu lebendiger Wirkung brachte, das war eine reife, in ihrer Art vorbildliche Leistung. Auch Eva Liebenberg — das zeigt sich an ihrem Hugo-Wolf-Abend — ist in überraschend kurzer Zeit in die Höhe unserer besten Wiederfängerinnen gewachsen; hier ist die Stimme, eine äppig strömende Altstimme, deren musterhafte Schulung ihren Meister lobt, ganz Instrument des geistlichen Willens geworden. Auch sie vereinigt sich mit Rauchsien, dem unübertrefflichen, wahrhaft unentbehrlichen, zu idealer Zweieinigkeit der Liedinterpretation, und der Beethovens-Saal — zu groß eigentlich, zu unheimlich für diese außerpersonliche Haltung des Russizierens — hat einen glänzenden Abend.

Richt gerade nur in diesem Saal, sondern überhaupt im Rahmen eines öffentlichen Konzerts verliert sich, wenn wir recht hindören, alle Intimität des Klavierliedes. Freilich, um uns dessen bewußt zu werden, müssen wir uns von heutigem Herkommen freimachen. Es steht bei uns so, daß fast alle Kunst des Lebens im offiziellen „Musikleben“ zusammengeworfen ist, daß Musik sozusagen nur „hört“, wenn sie in konzertmäßiger Aufmachung gereicht wird. Wir stehen damit am Ende einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lasterreihe, deren Anfang weit ins vorige Jahrhundert zurückreicht, und deren Auswirkung selbstverständlich wir nicht zu hindern vermöchten. Jede Zeit, jede Gesellschaft muß das Recht haben, sich des vorhandenen Kunstgutes nach ihrem Bedürfnis zu bedienen. Wir finden dieses Recht immer wieder in den Konzerten der Volksbühne bestätigt; von neuem auf eindringlichste Art bestätigt in dem Konzert der Cembalo-Meisterin Wanda Landowska. Der Cembalo, sollte man meinen, nimmt sich in dem Reigenraum des modernen Bühnenhauses so fremd, so unheimlich aus, wie er unserer Zeit fremd geworden, so fremd dem Ort und der Stunde, wie die Musik der Vor-Vachtischen Meister, die den größten Teil des Programmes ausmachen. Aber es ist das Geheimnis des Zeitgeistes, der sich nicht in Schloßmaße lassen läßt, ein in wenigen Worten nicht zu erklärendes Geheimnis, daß dem nicht so war; und es ist ganz im Gegenteil Tatsache, daß selten die Konzertsänger der Volksbühne sich so beglückt, so dankbar zeigten, so erfüllt und unmittelbar berührt von der Musik, die ihnen hier geboten wird, wie eben diesmal.

Intimität des Russizierens, trotz allem Widerstand des modernen Konzertsaals, subjektives Sicherstellen, das den Ort vergift, ein Russizieren aus tiefem Musikgefühl, so frei, daß es beinahe ein Improvisieren scheint — dies alles auf der Grundlage selbstverständlicher technischer Ueberlegenheit — kennzeichnet das Spiel des Pianisten Wilhelm Kempff. Wenn er zum Schluss ein aus dem Publikum gegebenes Thema aus dem Stegreif vermusiziert — eine höchst erstaunliche, in dieser Zeit seltene Talentprobe — so wirkt es beinahe wie natürliche Fortsetzung seines Programmes. Es ist eine Freude, dabei zu sein. Der junge Paul Richter kann am Klavier so erwiesener Seriosität nicht gemessen werden; noch lange nicht

Aber was er in seinem ersten Berliner Konzert hören läßt, ist pianistisches Talent sehr respektablen Grades. Bienen muß man in diesem anspruchsvollen Beruf gelernt haben, um nur als Anfänger gelten zu dürfen.

„Verkehrsbeben.“

Der moderne Verkehr hat eine neue Art von Gefährdung stabilisiert und länderlicher Bauten mit sich gebracht, die man als „Verkehrsbeben“ bezeichnen kann. Es sind das die Erschütterungen, die durch die Autos, insbesondere aber durch die Lastautos und Autobusse in den Häusern erzeugt werden. Diese „Verkehrsbeben“ sind durchaus nicht auf die Häuser der Großstädte beschränkt, sondern sie erschallen auch die Häuser, die an den Landstraßen stehen, sowie die Häuser in den Dörfern, da der Wagenverkehr durch Lastautos sich allmählich so ausbreitet hat, daß dieses moderne Beförderungsmittel alle Teile Deutschlands erreicht. Jeder wird schon die Erfahrung gemacht haben, daß bei dem Vorüberfahren der Lastautos das Haus, in dem er wohnt, in seinen Grundfesten erschüttert wird. Diese Erschütterung geht oft so weit, daß der Schlaf der Leute gestört wird, die das Pech haben, an den Landstraßen zu wohnen, auf denen Tag und Nacht die Automobile vorüberfahren. Wie groß die Gefährdung der Häuser durch Lastautos wirklich ist, geht daraus hervor, daß schon vor dem Kriege Reparaturen der Erschütterungen durch die sogenannte Erdbeben-Registrierapparate vorgenommen wurden, um festzustellen, wie stark der Erdboden durch die Belastung erschüttert wird. Es kamen nämlich von vielen Seiten Klagen, daß sich in den Häusern Risse zeigten, die nur durch die Erschütterungen der Lastautos hervorgerufen worden sein können. Diese Befürchtung der Häuser hat auch bereits in unserer Steuerpraxis Ausdruck gefunden. Es wurde nämlich als erwiesen angesehen, daß die Abnutzung der Häuser durch die Verkehrsbeben sehr groß ist und eine Restaurierung in viel größerem Umfang notwendig macht, als es früher der Fall war. Aus diesem Grunde werden die Häuser bei den Steuererschätzungen geringer bewertet als früher. Es wurde übrigens festgestellt, daß die Erschütterungen durch Lastautos ungefähr acht bis zehnmal so stark sind wie die Erschütterungen, die durch gewöhnliche Wagen hervorgerufen werden, und fünfmal so stark wie die Erschütterungen durch Rollwagen. Eine Abhilfe gegen diese „Verkehrsbeben“ ist allerdings nur dadurch möglich, daß das Straßenpflaster den Rädern möglichst wenig Widerstand bietet. Die erste Sorge wird sich also darauf richten müssen, möglichst solches Straßenpflaster zu verwenden, das zur Abminderung der Verkehrsbeben dient.

Im Theater am Blouplatz findet Sonntag, den 29., die 23. Aufführung von Brecht's „Kann ich kann“ in der Inszenierung von Erich Engel statt.

Georg Appenzel als Nobelpreisträger. Die Unwissenheit in künstlerischen Dingen hat die Nobelpreisjurierung den Vorschlag unterbreitet, den Friedenspreis dem ungarischen Staatsmann Grafen Albert Appenzel zu erteilen. Die Nobelpreisjurierung verständigte die Universität, daß sie die Kandidatur zur Kenntnis nehme.

Denksport in Prag.

Noch immer 'Sicherheit' und 'Schiedsgericht' statt Abrüstung

Aus Genf sind zwei leitende Beamte des Völkerbundes nach Prag gekommen: Colban, der Norweger, der früher die Minderheiten „betreute“ und seit dem Ausscheiden Spaniens und des Spaniers Madaviaga die Abrüstungsabteilung leitet, und Sugimara, der Japaner, an der Spitze der politischen Abteilung, der kürzlich durch halb Europa fuhr, um wegen der Prager Verhandlungen auswärtige Vertreter und Außenminister zu besuchen. In die tschechoslowakische Hauptstadt sind auch noch drei internationale Politiker gefahren: der Finne Holsti, „Fortschrittler“, von Beruf ursprünglich Redakteur, später Außenminister und jahrelang Gesandter seines Landes in Estland; der Holländer Rutgers, protestantisch, „konservativ“, Kammermitglied, ein wohlhabender Mann, Jurist, auch einmal Minister; und der bewegliche Grieche Politis, Professor des Völkerrechts an der Pariser Universität, erst mit Benesch Vater, dann Leihenträger des früh verbliebenen Genfer Protokolls. Aber warum ist Prag der Treffpunkt? Dort amtiert als Außenminister der Tscheche Benesch. Unter seinem Vorsitz sollen die Sicherheits- und Schiedsvorschläge ausarbeiten für den Sicherheitsausschuss der Abrüstungskonferenz, der zum 20. Februar nach Genf einberufen ist. Die vier stellen eine Art Unterausschuss für einen Ausschuss dar, den man einberief, um ein an sich klares Problem, nämlich die Abrüstung, nicht verfaulen zu lassen — und die beiden Genfer helfen dabei. Es ist die Meinung der herrschenden Schichten in Europa, man dürfe nicht „abrüsten“, ohne sich gegen die „Rüstungen“ der anderen zu sichern, statt durch Abrüstung aller die Sicherheit aller zu gewinnen.

Die Prager Besprechungen knüpfen an die früheren Verhandlungen über den Ausbau der Völkerbundschartung an. Seit reichlich fünf Jahren kam man über den „Garantiepakt“ und das „Genfer Protokoll“ schließlich zu der, aus polnischer Initiative entstandenen „Kriegsverzichtserklärung“ der letzten Völkerbundtagung. Der Rotenwechsel zwischen Paris und Washington in den letzten Wochen über einen franco-amerikanischen oder allgemeinen Antikriegspakt fügte neues Material zu dem alten hinzu. Schließlich haben noch die auswärtigen Vertreter in Stockholm und Oslo, ja sogar die Foreign Office in London Denkschriften nach Prag geschickt. Sie sprechen sich übereinstimmend für Locarno aus, um sich in dem zu widersprechen, was sie darunter verstehen.

Ob die deutsche Reichsregierung die Initiative zu einer Meinungsäußerung ergreift? Das war wohl bestimmt ausgeschlossen, als noch keine andere Großmächtsregierung ihr voranging. Nun hat sich London gerührt, und die Wilhelmstraße wird sich vielleicht auch rühren. Möge mehr dabei herauskommen als ein Zwittler aus dem deutschnationalen Bedürfnis, so völkerbundsunfreundlich zu scheinen, und aus dem nationalen Bedürfnis, so völkerbundsfreundlich zu wirken als möglich!

Die Litauen-Besprechungen in Berlin.

Woldemaras und Stresemann hatten gestern nachmittag eine 2½stündige Besprechung über die deutsch-litauischen Verhandlungen, die nun mit den Sachbearbeitern fortgesetzt werden.

Chile gegen Petroleumkapital.

Santiago de Chile, 26. Januar.

Die Kammer hat den Gesetzentwurf der Regierung angenommen, nach welchem alle Petroleumkonzessionen, mit Ausnahme derjenigen, die an Chilemen erteilt worden sind, aufgehoben werden.

Die Kammer bewilligte ferner 10 Millionen Pesos für eine Untersuchung der Erdvorkommen im Lande.

Ein Kampf um 20 Reichsmark.

Aus der Preussischen Staatsbibliothek.

Man schreibt uns: Kaustich kritisierte hier Dr. H. Hieber die Zustände an der „Königlichen“ Preussischen Staatsbibliothek. Ich kann dazu aus allerneuester Zeit eine samojede Ergänzung bieten, für die die Unterlagen vor mir liegen.

Im November entlieh ich eine Maschinenschrift. Da diese immerhin wertvoller als gedruckte Werke ist, mußte ich — durchaus zu Recht — ein Pfand hinterlegen. Man verlangte für die etwa 100 Seiten umfassende Schrift 30 (dreißig) Mark. Auf meine Bemerkung, für diesen Sach betrage man sie mehrfach in jedem Bureau abgeschrieben, begnügte man sich mit 20 (zwanzig) Mark und stellte mir auch ordnungsgemäß eine Quittung aus.

Dies die Vorgeschichte. Nun aber: Ich bringe am Ablieferungstag das Werk zurück und verlange die Herausgabe meines Pfandes. Da wird mir zu meinem Erstaunen mitgeteilt, ja, aber erst, wenn ich die leinere Zeit empfangene Quittung zurückbrächte. Die Quittung war noch vorhanden, ich hatte sie aber nicht bei mir, zudem mußte ich am nächsten Tage dringend verreisen und brauchte das Geld. Es war unmöglich, man weigerte sich. Ich mußte mir anderweitig das Geld beschaffen, um meine Reise durchführen zu können. Dies nach dem Prolog der erste Akt.

Nach meiner Rückkehr, zwei Tage darauf, teilte ich den Vorfall schriftlich der Generalverwaltung mit. Ich machte die Herren darauf aufmerksam, daß die Herausgabe zu unrecht verweigert würde, daß unangemessene Bereicherung vorliege. Eine simple Quittung sei kein Hinterlegungsschein, dessen Rückgabe eventuell beansprucht werden könne, daß im umgekehrten Falle, wenn nämlich die Staatsbibliothek bei Rückgabe eines Buches die hierfür bei Empfang ausgestellte Quittung nicht fände, der Entleiher sich auch mit einer Erlahquittung begnügen müsse, ja, daß er diese sogar sorgfältig aufbewahren müsse. Denn wenn das Buch plötzlich verschwinde und die Quittung plötzlich wieder auftaucht, hastet womöglich der unglückliche Entleiher, wenn er die Erlahquittung nicht vorweisen kann! Daß ich für die Rückzahlung des Pfandbetrages eine Gegenquittung ausstellen hätte, stünde ja außer Diskussion, zumal ich dies ausdrücklich angeboten hatte. Dies war am 13. Dezember 1927.

Dritter Akt: Bis zum 24. Dezember 1927 hatte ich keine Antwort. Mahnte darum. Frägte außerdem in der Verwaltung mündlich an, ob die dort am 13. Dezember 1927 persönlich abgegebene Beschwerde weitergeleitet worden sei. Da stellte es sich heraus, daß anscheinend — eine einwandfreie Nachprüfung war den Beamten dort leider nicht möglich — die Beschwerde gerade der Stelle zur Entscheidung vorgelegt worden war, über die ich mich beschwerte! Ich begab mich daher zu dem betreffenden Beamten und verlangte, da er meinen Brief so nun konnte, nochmals die Herausgabe des widerrechtlich zurückbehaltenen Geldes. Er weigerte sich weiterhin standhaft. Ich ersuchte die Generaldirektion bis zum 29. Dezember um Rückübernahme.

Diese kam daraufhin bereits am 27. Dezember, persönlich vom Generaldirektor unterschrieben, juristisch unhaltbar. Die Quittung sei ein Hinterlegungsschein, daher eine Legitimation für eine Geldforderung, die Herausgabe könne daher nur bei gleichzeitiger

Besserer Schutz den Minderheiten!

Deutscher Antrag für eine ständige Minderheitenkommission.

Der Vorstand der Deutschen Liga für Völkerbund hat beschlossen, beim Weltverband der Völkerbundgesellschaften, einen Antrag auf Einsetzung einer ständigen Minderheitenkommission beim Völkerbund einzubringen. Der Antrag wird im Februar dem Minderheitenausschuss des Weltverbandes und im Sommer seine Vollversammlung beschließen. Es heißt darin:

„So unbestreitbar und unbefristet die grundlegende wichtige Bedeutung des Minderheitenrechts für den Weltfrieden ist, so wenig ist es bisher gelungen, diese Aufgabe zu bewältigen. Es gibt keinen über die in Frage kommenden Zustände orientierten ernsthaften Politiker, welcher nicht in den Spannungen, die sich aus der Ungeklärtheit des Minderheitenproblems ergeben, eine

schwere Gefährdung des europäischen Friedens

erblickt. Aus diesem bedrohlichen Zustande ergibt sich die gebieterische Forderung, Mittel zur Abhilfe zu erfassen. Der Völkerbund hat bei allen wichtigen Aufgaben, die ihm die Satzungen zugeteilt haben, zu dem Mittel gegriffen, die Probleme in ihrer theoretischen Bedeutung und praktischen Handhabung durch Kommissionen bearbeiten zu lassen.

Der Weltverband der Völkerbundigen richtet daher an den Völkerbund die dringende Bitte, eine ständige Kommission für Minderheitenfragen einzusetzen.

Für die Bildung der Kommission empfehlen sich folgende Richtlinien, die sich bei der Bildung der Mandatskommission bewährt haben:

1. Zu Mitgliedern werden ihrer Regierung nicht verantwortliche Persönlichkeiten gewählt.
2. Die Mitglieder sollen sowohl den Staaten entnommen werden, die unter irgendwelchen Gesichtspunkten am Minderheitenproblem interessiert sind, wie auch, und zwar in der Mehrheit, solchen Staaten, die an dem europäischen Minderheitenproblem völlig uninteressiert sind.

Diese Kommission hätte insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die einzelnen Fragen des Minderheitenproblems zu studieren, um in der Lage zu sein, alljährlich der Völkerbundversammlung einen Bericht über die aktuelle Lage der verschiedenen europäischen Minderheiten und die tatsächliche Geltung der minderheitenrechtlichen Bestimmungen zu erstatten, sowie etwaige Vorschläge zur Durchführung der Verträge zu machen.
2. Dem Völkerbundsrat für die Bearbeitung der seiner Kompetenz unterliegenden Fälle gütlich zu Seite zu stehen.

Der Völkerbund möge den Wunsch ausdrücken, daß der Völkerbundsrat sich dieser gütlichen Tätigkeit in möglichst großem Umfange bediene.

Die Klagen aus Ostoberschlesien.

Unterredung mit Albert Thomas.

Anlässlich seines Besuches in Berlin hatte einer unserer Redakteure eine Unterredung mit Genossen Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes. Albert Thomas war bekanntlich, bevor er nach Berlin kam, in Ostoberschlesien gewesen, um sich Rechenschaft über die Klagen der deutschen Arbeiter und Angestellten in Ostoberschlesien zu geben. Der Direktor des I.A.A. erklärte dazu:

„Zuständig für Beschwerden ist zunächst die sogenannte Gemischte Kommission, deren Vorsitzender Herr Gallander ist. Diese Gemischte Kommission hat bei Beschwerden, die das Gewerkschaftsrecht, die Sozialgesetzgebung usw. betreffen, den Begutachtenden Ausschuss um ein Urteil zu ersuchen. Dieser Begutachtende Ausschuss setzt sich paritätisch zusammen aus je vier deutschen und vier pol-

nischen Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, aus je einem Regierungsvertreter und hat zum Vorsitzenden den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes.

Auf Grund des § 586 des Abkommens für Oberschlesien tritt dieser Begutachtende Ausschuss einmal im Jahre zusammen. Außerdem in dringenden Fällen. Seit sechs Jahren erklärte Albert Thomas, seitdem dieses Abkommen besteht, ist von der Gemischten Kommission dem Begutachtenden Ausschuss noch niemals eine Klage übermittelt worden.“

Auf unsere ersuchte Frage, wie dies möglich sei, da doch aus Ostoberschlesien von den deutschen Gewerkschaften so zahlreiche Klagen in die Öffentlichkeit kommen, erklärte der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, daß dies vielleicht zurückzuführen sei auf die ungenügende Kenntnis der dortigen Organisationen über den Weg, den sie bei solchen Beschwerden zu gehen haben. Jedenfalls liegen juristisch die Dinge so, daß der Begutachtende Ausschuss, der je nachdem funktionieren kann, durch die acht Mitglieder aus Ostoberschlesien, die drei Schiedsrichter (je ein Regierungsvertreter und der Direktor des I.A.A.) oder sämtliche elf Mitglieder, nur dann in Tätigkeit treten kann, wenn ihm von der Gemischten Kommission eine Beschwerde zur Beurteilung übermittelt wird.

„Das ist“, wiederholt Albert Thomas, „bisher nicht geschehen. Nun hat man mir den Vorwurf gemacht, ich hätte es sehr eilig gehabt. Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt. Tatsächlich ist meine Zeit stark bemessen gewesen. Dieser Besuch aber“, fügt Albert Thomas hinzu, „war nur die erste Fühlungnahme. In etwa zwei Monaten werde ich zur Prüfung der Verhältnisse in Ostoberschlesien — denn die Kenntnis dieser Verhältnisse ist die notwendige Voraussetzung für jedes Urteil — wieder dorthin zurückkehren. Ich bin verpflichtet, mich an die Bestimmungen des Artikels 586 zu halten, kann also nur dann den Begutachtenden Ausschuss zu einem Urteil über die Beschwerden veranlassen, wenn uns solche Beschwerden von der Gemischten Kommission übermittelt werden.“

Soweit die Erklärungen des Genossen Albert Thomas. Es geht aus ihnen hervor, daß bei der Behandlung der Beschwerden der deutschen Arbeiter und Angestellten in Ostoberschlesien wahrscheinlich Formfehler unterlaufen sind, die es verhindert haben, daß der Begutachtende Ausschuss bisher in Tätigkeit treten konnte und daß auch diesmal der Ausschuss, der auf die Initiative von Albert Thomas zusammentrat, weiter nichts tun konnte, als festzustellen, daß ihm keine Beschwerden durch die Gemischte Kommission übermittelt worden sind.

„Wie die Flotte zerbrach.“

Kapitän a. D. Max Fischer klagt.

Das Kriegstagebuch des christlichen Matrosen Stumpf: „Wie die Flotte zerbrach“ (N. S. M. Dieck) soll Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden. Ein früherer Kapitän Max Fischer stellt sich dabei, weil es auf Seite 6 des Tagebuches heißt, er habe als erster Offizier auf dem „Dorffinger“ eine Tracht Prügel erhalten, was bei uns an Bord große Senugung hervorruft, denn Max war früher bei uns an Bord und durch seine Ungerechtigkeit verhaßt. Diese Stelle des Tagebuches ist in einer Besprechung in der „Börslichen Zeitung“ neben anderen mit abgedruckt worden. Jetzt klagt Fischer gegen den christlichen Arbeiter Stumpf in Rürnberg und gegen den Redakteur Karl Reich als Verantwortlichen der „Börslichen Zeitung“. Er wollte die Klage auch auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann ausdehnen, weil dieser in dem Vorwort zu dem Tagebuch bezeugt habe, daß er mit dem Gesamtinhalt des Buches, also auch mit der angeblichen Beleidigung einverstanden sei. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags hatte für diese greifste Behauptung kein Verständnis und verlegte die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dittmann.

Spionage von Reichswehrangehörigen?

Mysteriöse Verhaftungen in Gießen.

Gießen, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Die „Oberheffische Volkszeitung“ meldet, daß am Montag nachmittag die Funkerabteilung des Giesener Reichswehrbataillons verhaftet und in das dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurde. Es handelt sich um fünf Mann, die unter dem dringenden Verdacht der funktelegraphischen Verbindung mit dem Auslande stehen. Die zuständigen Stellen bestätigen die Verhaftung, ohne jedoch im einzelnen die Gründe dieser Maßnahme anzugeben.

Die Korrespondenz B.S. erfährt dazu noch:

Die Untersuchung, die von der Division in Stuttgart durch Major v. Kschereg geführt wird, ist noch nicht abgeschlossen, und es läßt sich deshalb auch vorläufig keineswegs behaupten, daß die fraglichen Meldungen gerade von den Funkern der Reichswehrstation in Gießen abgegeben worden sind. Bei der nördlichen Heeresgruppe war festgestellt worden, daß von einer Militärstation, die offenbar zum Bereich des Wehrkreiskommandos V gehört, Funkmeldungen gesandt wurden, die als Absender den Berner „Station Gießen“ trugen. Da immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß hier ein Berrat militärischer Geheimnisse vorliegen könnte, wurde durch Feilungen ermittelt, daß die Sendestation identisch sein könnte mit der Giesener Funkabteilung. Auf Veranlassung des Wehrkreiskommandos in Frankfurt wurde deshalb ein Untersuchungs-offizier nach Gießen entsandt mit dem Befehl, die Funker zu verhaften. Die Festnahme geschah ganz überraschend. Die Vernehmungen erfolgten durch einen beauftragten Richter in Gegenwart des Nachrichtenoffiziers. Das Ergebnis der Ermittlungen steht noch nicht fest. Es ist durchaus möglich, daß die Funker — was streng verboten ist — lediglich experimentiert haben.

Das gefährliche Deutschlandlied. Der Wirt des Hotels „Zu den vier Jahreszeiten“ in Wachen, das, wie gemeldet, von der belgischen Besatzung bis 3. Februar geschlossen wurde, weil dort in Gegenwart belgischer Offiziere das Deutschlandlied gesungen wurde, ist jetzt von der belgischen Besatzung zu 130 Mark Geldstrafe oder acht Tagen Gefängnis, der Kapellmeister zu 200 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Rückgabe des Scheins erfolgen. Also auch der unmögliche Standpunkt! Den anzuerkennen ist mich in meiner Rückantwort vom 29. Dezember 1927 nachdrücklich weigerte mit dem Bemerkten, ich erwarte nunmehrige Erledigung. Vierter Akt.

Bis zum 9. Januar 1928 geschah nichts. Ich mahnte daher nochmals und betonte, ich würde die Angelegenheit der zuständigen Ministerialabteilung sofort unterbreiten, falls jetzt nicht schleunigst Rückzahlung erfolge. Ich hätte keine Lust, mir dauernde Verschleppungen gefallen zu lassen. Fünfter Akt.

Worauf am 10. Januar 1928 per Postanweisung ohne auch nur die geringste Begleitzeile die Rückzahlung erfolgte. Also über einen Monat später, als die Zahlung hätte erfolgen müssen!

Mir scheint, es geht nicht an, daß irgendeine bürokratische Behörde sich eigene Geize zurechtmacht, es geht nicht an, daß die Benutzer der Staatsbibliothek, die gewiß nicht zum Vergnügen und Zeitvertreib, sondern aus sachlichen, ersten Gründen diese Institution benutzen, in einer derartigen Weise schikaniert werden, wie es sicher nicht nur im vorliegenden Falle geschehen ist.

Neue prähistorische Funde. Aus Vichy (Frankreich) wird gemeldet, daß auch dort auf dem Gute eines Landwirts prähistorische Funde ähnlicher Art gemacht wurden wie auf dem Gute des Landwirts Fradin in Glazel. Der betreffende Landwirt hatte vor vier Wochen eine Steinart gefunden, auf der ein Werkstück und ähnliche rätselhafteste Zeichen zu sehen waren wie bei den Funden in Glazel. Die Grabungen werden fortgesetzt. (Freilich kann man in Vichy genau so gut gefüllte Ärtümer vergraben haben, wie es in Glazel der Fall zu sein scheint.)

Erklärung durch die Tische. Daß man sich durch seine Tischen erklären kann, ist eine Gefahr, auf die ein englischer Hygieniker, Dr. Halls-Dalry, aufmerksam macht. In jedem Tischentuch befinden sich eine Menge Bazillen, die ansteckend wirken können. Viele Bazillen häufen sich in den Ecken der Tischen und gelangen mit dem Tischentuch wieder in die Atmungsorgane. Sie wirken in dem Augenblick ansteckend, wo die Widerstandsfähigkeit ihres Opfers geschwächt ist, und der Mensch erkränkt sich von neuem, ohne zu wissen warum. Der englische Hygieniker verlangt daher mit Recht, daß man seinen Tischen mehr Aufmerksamkeit schenke als bisher, und sie von Zeit zu Zeit, besonders nach einem Schnupfen, gehörig desinfiziere.

Holländ. Saffren und Grotesken wird Ludwig Jardt am Freitag, dem 27., auf einem Vortragsabend der Volkshäuser im Bürgeraal des Berliner Rathauses, 20 Uhr, sprechen. Einlaßkarten 1 Mark.

Museumsführungen. Sonntag, den 29. 10 Uhr, sprechen im Neuen Museum Prof. Scharf über „Das Buchwesen bei den Griechen (Papyrus-Sammlung)“, im Kaiser-Friedrich-Museum Dr. Doh über „Geschichte der Kultur“ und im Alten Kunstmuseum Dr. Albrecht über „Kultur der Völkerwanderungszeit“. Teilnehmerkarten 50 Hg. vor Beginn. — Die Freitagführungen um 11 Uhr im Kaiser-Friedrich-Museum werden vom 27. Januar ab von Prof. Schottmüller gehalten.

Friedensführung. Douillon, der ehemalige Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, der dieses Jahr zusammen mit Prof. Laubbe dem Friedens-Robertpreis erhalten hat, beschließt, seinen Anteil daran für verschiedene Friedensorganisationen zu stiften.

Leuna-Arbeiter gegen die KPD.

Der Trennungsschritt.

Merseburg, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Folgende Entschliessung wurde heute in einer Vertrauensmännerfraktion des Leunawerkes angenommen: „Die heute im Tivoli tagende Vertrauensmännerfraktion des Leunawerkes nimmt Kenntnis von dem Kampf der Metallarbeiter in der mitteldeutschen Metallindustrie. Sie spricht den kämpfenden und der Leitung das grösste Vertrauen aus und weist die Einmischung der KPD. in diesen Kampf entschieden zurück. Sie erwartet den vollen Sieg der Arbeiterschaft und ihrer gerechten Forderungen.“

Dieses Telegramm, das gestern um 23 Uhr von Merseburg abgeschickt wurde, ist sowohl an uns wie an die KPD. gerichtet worden. Die Stellungnahme der Vertrauensmänner der Leunaarbeiter ist mehr als eine schallende Ohrfeige für die KPD., die die Leunaarbeiter wieder einmal zum Streit aufgerufen hat.

Man erinnert sich der Rolle, die besonders das Leunawerk in dem Märzputsch spielte, den die KPD. im Frühjahr 1921 inszeniert hat. Lange Jahre waren die Leunawerke eine Hochburg der KPD. und in jenem Putsch waren sie es nicht nur im bildlichen Sinne des Wortes. Jetzt, wo die Metallarbeiter Mitteldeutschlands in einem schweren Kampf um die Bühne stehen, glaubte die KPD. den Zeitpunkt für gekommen, um auf dem Rücken der kämpfenden Metallarbeiter Parteierfolge einzuharfen. Was aus den Lohnforderungen der Metallarbeiter dabei werden würde, das kümmert die KPD. herzlich wenig.

Die Gewerkschaften sind für die KPD. nur Werkzeuge zur Ausführung der bolschewistischen Politik. Die Gewerkschaften sind nach der Auffassung der KPD. nicht dazu da, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft selbständig wahrzunehmen, sondern um die Politik der KPD. durchzuführen. In den Fraktionen, die die KPD. in den Gewerkschaften auszieht, in den Betriebszellen, die sie unterhält, werden nicht die gewerkschaftlichen Fragen, so wie sie durch die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Organisationen zur Tagesordnung stehen, diskutiert, sondern es werden die Parolen, die die KPD. für die Arbeit in den Gewerkschaften ausgibt, mitgeteilt und deren Durchführung vorbereitet. Diese Fraktionen und Zellen sind die Hebel, mit denen die KPD. die Gewerkschaften in ihre Gewalt zu bekommen hofft.

Schlimmer ist noch, daß die KPD. keinen Gewerkschaftskampf vorübergehen läßt, ohne den Gewerkschaften in der niederträchtigsten Weise in den Rücken zu fallen und ihnen mit ihrer Parolenkammer die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Gewerkschaftskämpfe für rein gewerkschaftliche Forderungen sind der KPD. ein Dorn im Auge. Deshalb versucht die KPD. jeden Gewerkschaftskampf zu einem politischen Kampf umzugestalten. Deshalb versucht die KPD. jedem Gewerkschaftskampf den Charakter des Wirtschaftskampfes zu nehmen und ihn durch die „Verbreiterung der Kampffront“ zu einem politischen Manöver zu machen.

Die Antwort der Vertrauensmänner des Leunawerkes ist so deutlich, daß sie eine geradezu symbolische Bedeutung bekommt. Die Leunaarbeiter haben an eigenen Leiden erfahren, wohin diese Politik der KPD. führen kann. Nirgends hat die Arbeiterschaft in Deutschland die Gefolgschaft der KPD. so teuer und bitter bezahlen müssen, wie gerade die Arbeiter der Leunawerke. Und deshalb ist die Antwort der Leunaarbeiter um so erfreulicher. Sie bedeutet, daß die Arbeiterschaft endlich offen das Tischtuch zwischen sich und der KPD. zerschneidet, die nur mehr eine Partei der Schädigung der Arbeiterinteressen ist.

Das kommunistische Manöver.

Halle, 26. Januar (Eigenbericht.)

Im Leunawerk sind rund 10 000 Metallarbeiter beschäftigt. Kein Wunder, daß die kommunistische Bezirksleitung dauernde Versuche unternimmt, diese Kategorie von Metallarbeitern, die zusammen mit den Fabrikarbeitern ein gemeinsames Tarifab-

kommen haben, in den allgemeinen mitteldeutschen Metallarbeiterstreit hineinzuziehen.

Gestern waren nun die Vertrauensleute des Leunawerkes zu einer Sitzung eingeladen, nicht um die Befolgung oder Nichtbefolgung der kommunistischen Parolen zu beraten, sondern um sich einen Vortrag über Arbeitslosenversicherung anzuhören. Die kommunistischen Vertrauensleute waren vollzählig angetreten und instruiert worden, daß eine Resolution angenommen werden müsse, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, eine zweiseitige Lohnregelung für die Chemiewerke des Leunawerkes zu verlangen. Bei der Annahme dieser Resolution und bei den ersten praktischen Konsequenzen würden infolge der schon erwähnten gemeinsamen Tarifregelung die nicht im Streit befindlichen Leuna-Metallarbeiter mit in den Kampf hineingezogen werden. Das war der Zweck der kommunistischen Liebung. Erfreulicherweise waren die SPD.-Vertrauensleute des Leunawerkes stark angetreten, so daß der kommunistische Antrag abgelehnt wurde.

Die KPD. will keine Gewerkschafter.

Ausschluß eines kommunistischen Gewerkschaftsangehörigen.

Halle, 26. Januar (Eigenbericht.)

Der kommunistische Ortsangestellte des Metallarbeiterverbandes in Eilenburg, der sich gegen die italienischen Parolen der Bezirksleitung der KPD. in Halle gewandt und sich mit der Zentralkomitee der Metallarbeiter solidarisch erklärt hatte, ist gestern aus der KPD. ausgeschlossen worden.

Künstliche Arbeitslosigkeit?

Die Wirkungen der Arbeitslosenversicherung.

Innerschändliche Angriffe auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz mehrten sich seit einigen Tagen in der bürgerlichen Presse. Man weist darauf hin, daß das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz infolge seiner milderen Unterstützungsbestimmungen eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit hervorgerufen habe. Davon kann aber bei einer genaueren Prüfung der Dinge keine Rede sein. Die schlechten Witterungsverhältnisse in den letzten Wochen, vor allem der häufige plötzliche Wechsel zwischen Frost und Wärme haben begreiflicherweise die Arbeiten im Baugewerbe und in der Landwirtschaft fast völlig lahmgelegt. Ueber diese sozusagen natürliche Vermehrung der Arbeitslosigkeit hinaus soll nun noch eine „künstliche“ Steigerung der Arbeitslosenziffer eingetreten sein. Es drängen sich angeblich ungewöhnlich viel Arbeitskräfte der Landwirtschaft zur Unterstützung.

Die Beschwerden über eine bis zu einem gewissen Grade mißbräuchliche Inanspruchnahme der Unterstützung durch landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind nicht neu. Die Reichsanstalt ist zurzeit bereits dabei, die Dinge nachzuprüfen. Der zweite Angriff richtet sich gegen die Beseitigung der früher vorgeschriebenen Bedürftigkeitsprüfung. Die Kritiker übersehen dabei, daß der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung nur in der Statistik, nicht aber in der Wirklichkeit eine Steigerung der Arbeitslosenziffer hervorgerufen hat. Früher konnten nicht alle Arbeitslosen zahlenmäßig so erfasst werden wie jetzt. Man hat wohl die Unterstützten gezählt, aber nicht die tatsächlichen arbeitslosen Arbeitskräfte. Das Ziel des Reichstags bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung bestand aber gerade darin, möglichst alle Arbeitslosen der Unterstützung teilhaftig werden zu lassen, da ja auch alle Arbeitnehmer, wenn sie in Arbeit stehen, Beiträge zur Versicherung zahlen. Von einer künstlichen Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz kann aber nicht gesprochen werden. Die neuesten Zahlen geben nur ein zuverlässigeres Bild von dem wirklichen Stand der Dinge.

Die Wartezeit.

Der Tag der Anmeldung ist anzurechnen.

In der Frage, ob bei der Arbeitslosenversicherung der Tag der Anmeldung in die dreitägige Wartezeit einzurechnet ist oder nicht, d. h. ob also praktisch eine Drei- oder Viertagewartezeit in Frage kommt, hat die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung (eben eine Entscheidung getroffen. Die Reichsanstalt hat nichts dagegen, wenn der Tag der Anmeldung in die Wartezeit eingerechnet wird und von den Arbeitsämtern die für die Arbeitslosen günstigere Regelung getroffen wird.

Selbe Gründerei.

Das Reichsarbeitsministerium als Geburtsheifer?

Die gelben Elemente unter den Konditorengehilfen wollen einen neuen Laden aufmachen. Zu diesem Zweck brauchen sie Dumme. Daher ihre Ankündigung, daß für die gelehrte Gehilfenschaft eine „Altersversicherung“ geschaffen werden soll. Die Erfahrung der Gehilfen, daß die guten „Herrn Chefs“ rücksichtslos die älteren Arbeitskräfte auf der Straße verkommen lassen, wenn sie abgenutzt sind, schreckt. Man bekommt es mit der Angst zu tun und daher taucht der auch von den Innungen genährte Gedanke auf, für die gelehrten Konditoren eine Altersversicherungsfasse zu errichten.

Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband, die neue große Industrieorganisation, hat eine solche Unterstützungseinrichtung geschaffen, die gut fundiert und gesichert ist. Man glaubt eine lächerlich kleine Gruppe gelehrter Konditoren ein Konkurrenzunternehmen aufmachen zu können. Diesem Zweck soll der „Reichsbund“ der Gehilfenvereine dienen, den man Ende Januar auf einer Konferenz in Berlin errichten will.

Höchst merkwürdig muß es berühren, daß die Gründung gelber Zwergegebilde auch im Reichsarbeitsministerium unterstützt wird. Die aus der Tagesordnung für die Berliner Gründungskonferenz hervorgeht, ist ein Referent aus dem Reichsarbeitsministerium für die Altersversicherungsfrage gewonnen worden. Im Reichsarbeitsministerium gibt es scheinbar also Beamte, die sich bemühen, gelbe Zwergeorganisationen in ihren Zerpfaltungsplänen zu unterstützen.

Jahresversammlung der Poliere.

Der Bezirksverein Berlin des Polier-, Werk- und Schachtmeisterbundes für das Baugewerbe hatte am Mittwoch abend in den Sophienkellern eine außerordentliche Generalversammlung, in der zunächst der 1. Vorsitzende Genosse Fäster den Geschäftsbericht für das Jahr 1927 gab.

Er gab erst einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Wirtschaft und die damit zusammenhängenden Arbeitskämpfe, die vielen Unorganisierten den Anstoß gaben, sich in die Front der gewerkschaftlich Organisierten einzureihen. An dem allgemeinen und nicht unerheblichen Aufstieg der deutschen freien Gewerkschaften ist auch der Polierbund beteiligt. Der Berliner Bezirksverein hatte am Jahresabschluss 955 Mitglieder gegenüber 876 zu Beginn des Jahres, also eine Zunahme von 79 Mitgliedern. Bedauerlich ist es aber, daß im Laufe des Jahres allein 52 Mitglieder wegen restierender Beiträge gestrichen werden mußten.

Daß die Baukonjunktur im Vorjahre nicht so gut war, wie es zu Anfang des Berichtsjahres allgemein erwartet wurde, zeigte der Berichtsjahresanfang an den verhältnismäßig hohen Zahlen der Stellungs-suchenden Bundesmitglieder. Das Berichtsjahr begann in Berlin mit 239 Stellungsuchenden, welche Zahl sich bis Ende Februar 1927 noch auf 243 erhöhte. In den Sommermonaten, in denen sonst im Baugewerbe Hochkonjunktur herrscht, sank diese Zahl nie unter 90 herunter. Am Jahresabschluss waren schon wieder 159 Bundesmitglieder in Berlin stellungslos. Ein Zeichen vorbildlicher Solidarität ist es, wenn trotzdem berichtet werden kann, daß stets ein großer Teil dieser Stellungsuchenden durch Bundesmitglieder als Handarbeiter auf den Bauten Beschäftigung fand. Genosse Fäster kam dann noch kurz auf die sozialpolitischen Vorgänge des Berichtsjahres und die Verbandsarbeiten zu sprechen, wobei er noch mitteilte, daß auf Beschluß des Bundesvorstandes und des Beirats am 1. April dieses Jahres die Berufsstrafentasse der Poliere ins Leben gerufen wird.

In dem vom Genossen Hoppe abgegebenen Kassenbericht wurde kritisiert, daß er nicht schriftlich vorgelegt worden sei, was der Vorstand im nächsten Jahr zu tun versprach. Die anschließenden Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Genossen Fäster, des 2. Vorsitzenden Genossen Richter, des 1. Kassierers Genossen Hoppe, des 2. Kassierers Genossen Scheibe, des 2. Schriftführers Genossen Berch. Der 1. Schriftführer Genosse Beit wurde gegen 8 Stimmen gewählt, die auf seinen Gegandidaten entfielen. Die Versammlung nahm dann noch die Wahl der Beiräte, der verschiedenen Kommissionen und der Delegierten zum Bundestag vor, der vom 7. bis 9. April in Hamburg stattfindet.

Weitere Aussperrungen in Schweden.

Stockholm, 26. Januar.

Am Montag werden 18 000 Sägewerksarbeiter ausgesperrt. Im Zellulosekonflikt stimmen 7000 Arbeiter gegen und 3000 für den Schiedspruch. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen. Der Streik ist unvermeidlich. Die Verhandlungen im Eisengrubenkonflikt werden fortgesetzt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Rundschau: E. S. Müller; Berlin und Genossen: Fritz Rühlert; Angeler: Th. Glöck; Gemlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. v. d. S., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin OS 66, Lindenstraße 2, Strasse 1, Zeilings.

Gegr. Betten-Mühl Kurf. 7704
 W 30, Glöckstraße 47, am Winterfeldplatz
Füll-Federn, Pfl. M. 3.00, 3.50, 2.00, 1.25
Inlett-Gesir, 120/200 M. 14.00, 115/200 12.00, 90/80 3.20
Metallbett, 80/180, 33 mm BÜgel u. 16 Zugfed. 22.00
Auflagen, 3teilig, m. Keilk. 30.00, 25.00, 22.00, 16.00
Ruhebett m. 40 Spiralfedern 60.00, 35.00, 30.00, 45.00
 Andere Maße und Qualitäten, einfacher oder besser, Preise entsprechend.
Dampf-Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Betrieb
 Vormittags gebrachte Betten liegen ab 16 Uhr geräumt bereit. Bei einem Stand frei Haus!

Komplette Radio Anlagen
 2-Röhren-Apparate
 mit Lautsprecher 10 FABRIKATE
 Drahtlosarbeiten u. Durchführung unverbünd.

 Sprechapparate v. 1.50 M. wöchentl.
SHERLOCK-GEWELLSCHAFT m. H. BIRN
 Hachschauer Markt 2-3 Tel. Norden 4701-03

Schaukasten-Tapetei
 Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
 Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Gegen rote Hände
 und unshöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße, feinstre Creme **Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weihe verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unshöne Hautfarbe wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem tauschlich gepflanzten Frühlingstrauch von Weiden, Weiglöhchen und Flieder, ohne jenen beschämigen Nachgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 50 Pf. und 1 M. — In allen Warenhandlungsstellen zu haben. — Bei direkter Einlieferung dieses Inzerates als Drucksache mit genauer und deutlich geschriebener Adressenliste auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probeendung kostenlos überhandt durch Postkarte N. 5, Dresden-R. 6

Kopfschmerz, Nervenschmerzen
„Darmitin“-Pulver
 unschädlich in allen Apotheken sofort wirkend
 Mark 0.15

Gute Butter
 wird jetzt so reichlich hergestellt, daß die Ladenpreise ganz bedeutend herabgesetzt werden konnten. Die Butterfeuerung scheint bis auf weiteres vorbei zu sein. Gute Butter in feinsten Beschaffenheit zu den billigsten Tagespreisen verkaufen die durch den nachstehenden Anschlag gekennzeichneten Geschäfte:

Gute Butter
 Hier täglich frisch



Die politische Neuordnung im Orient

hat auch das Wirtschaftsleben dieser Länder, deren köstlichste Gabe der Tabak ist, völlig umgestaltet. Eine moderne Völkerwanderung verpflanzte mit zahllosen Ortsgemeinschaften auch ganze Tabakkulturen von einem Gebiet ins andere.

Diese Umschichtung veranlaßte den Chef unseres Hauses als führenden Tabaksachmann, die neuen Verhältnisse auf mehrmonatiger Orientreise zu studieren und bei leistungsfähigen Tabakbanern eine Auswahl unter den edelsten Sorten persönlich zu treffen. Wir sind damit in der Lage, unsere altbewährten Marken in einer Qualität zu bringen, die in feiner Abtönung dem Zeitgeschmack aufs glücklichste entspricht.

Waldorf-
Astoria
Zigaretten

OBERST 5A

„NEUE ARBEIT“

ASTOR-HAUS 6A

BLAU PUNKT 6A

